

Walliser Lehrer weisen die neue Besoldung als Stückwerk zurück

Auf die geplante Gesetzesänderung des Erziehungsdepartementes soll im Grossen Rat nicht eingetreten werden

Sitten. – Die Walliser Grossräte werden von den Lehrerverbänden aufgefordert, die im Februar zur Diskussion stehende Gesetzesänderung über die Besoldung des Lehrpersonals zurückzuweisen. Die Botschaft sei Stückwerk, das gleichzeitig die neue Primarschul-Studentenafel akzeptiere, gegen die nach wie vor grosse Vorbehalte im Raum stünden.

Die vorliegende Gesetzesänderung ist das Resultat der Kommissionsarbeit «Straffung der Programme», die ihre Arbeit im Juni 2000 abschloss. Daraus folgte die Erarbeitung der neuen Studentenafel für die obligatorische Schulzeit durch die Dienststelle für Unterrichtswesen. Die neue Studentenafel wurde im November 2002 vom Staatsrat angenommen. Ihre Einführung ist schrittweise geplant. In der ersten Klasse der OS ist sie seit Beginn dieses Schuljahres in Kraft. Dies war wegen der Einführung des Englischunterrichts notwendig. In der 2. OS-Klasse erfolgt die Einführung 2004/05, in der 3. 2005/06.

Die Einführung der Studentenafel auf Primarschulstufe bedarf der Abänderung von Gesetzen und Reglementen, insbesondere jenes über die Besoldung des Lehrpersonals. Dieses liegt nun für die Diskussion im Parlament bereit.

Weniger Schule gleich weniger Lohn?

Zentraler Punkt ist die Art und Weise der Besoldung, nachdem die Unterrichtszeit gemäss neuer Studentenafel für ein Vollpen-



Blick in ein leeres Unterrichtszimmer. Die Walliser Lehrerverbände wehren sich gegen die Abänderungen des Besoldungsgesetzes. Lieber wäre ihnen eine neue Gesetzesgrundlage.

Foto Keystone

sum von 33 auf 32 Wochenlektionen reduziert wird. Wohin also mit dieser Stunde? Weil die Besoldung in der Primarschule direkt mit der Unterrichtszeit verbunden ist, ergab sich hier ein Problem. Um also weiterhin Anrecht auf die vollständige Besoldung zu erheben, müssen Lehrpersonen andere schulische Aufgaben übernehmen. In der Regel wird die wegfallende Lektion nun für Klassenlehrerfunktionen, also administrative Aufgaben, eingerechnet. Auf den ersten Blick konnten sich die Lehrerverbände mit dieser kostenneutralen Lösung anfreunden. Sie bietet gegenüber den stetig wachsenden Aufga-

ben eine gewisse Entlastung und wird als symbolische Aufwertung der Arbeit auf Primarschulstufe gesehen. Bei näherer Betrachtung überwiegen aber für die Lehrerverbände die Nachteile. Was passiert etwa mit Lehrpersonen ohne Klassenlehrerfunktion? Werden sie gemäss Unterrichtshonorar, bedeutet dies eine Lohnneinbusse von drei Prozent. Dabei zeigt sich gerade in der Primarschule ein Trend zu Teilzeitpensen. Wer wird in diesem Fall Klassenlehrer? Gemäss Botschaft hätten die Wahlbehörden diesen Entscheid zu fällen. Da werde der Solidaritätsgedanke auf eine unnötige Zer-

reissprobe gestellt, hält OLLO-Sekretär Rolf Eggel fest.

Die Arbeit ausserhalb der Schulklasse

Wie der Präsident des Lehrerinnen- und Lehrervereins Oberwallis (LVO), Peter Clausen, in seinem Brief an die Oberwalliser Grossräte festhält, «weil die geplante Streichung der Entlastungszeit für die Lehrpersonen der 6. Primarklassen nicht angebracht, ist zudem die durch das Pflichtenheft vorgegebene zusätzliche Arbeit nicht wegfällt». «Die Anpassung der Studentenafel bedarf auch einer Anpassung der Besoldung», wird der LVO von Rolf Eggel

unterstützt, der in der vorbereitenden Grossrats-Kommission (als SPO-Suppleant) mitarbeitete, mit seinen Anträgen aber keine Mehrheit erreichte. Weil gemäss Erfahrungswerten die Unterrichtszeit für einen Primarlehrer rund 80 bis 85 Prozent der effektiven Arbeitszeit ausmacht, ist es grundsätzlich die Unterrichtszeit zu honorieren. Für Clausen ist ferner klar, dass die Arbeit der Klassenlehrperson in der Primarschule von den dort tätigen Generalisten aufgeteilt wird. Eine gesetzliche Verordnung der nun vorliegenden Art «bedeutet eine zusätzliche Belastung für das Lehrpersonal und den gesamten Schulbetrieb».

Studentenafel mit Widersprüchen

Die Abänderung des Besoldungsgesetzes wird in der vorliegenden Form auch vom Unterwalliser Lehrerverband (Société Pédagogique Valaisanne) in einer zweiseitigen Stellungnahme zurückgewiesen. Die Verbände wollen eine gesamtliche Sicht und Lösung der ineinander greifenden Probleme.

Gegen die neue Studentenafel haben die Lehrerverbände nach wie vor breite Bedenken. Was das DEKS als Kompromiss einer lange geführten Vernehmlassung sieht, wird vom LVO in seinem Brief scharf kritisiert. Die neue Studentenafel widerspreche der grundlegenden pädagogischen und methodisch-didaktischen Philosophie von Kopf, Herz und Hand. Zudem stütze sie weder auf die Lehrpläne noch auf die Lehrmittel

ab und widerspreche den Vorgaben der Bildungsplanung Zentralschweiz, mit der der deutschsprachige Kantonsteil intensiv zusammenarbeitet. Hier stünde eine entsprechende Studentenafel noch bis zum April in der Vernehmlassung und wird dann aufs Schuljahr 2005/06 eingeführt. Eine Einführung von unten nach oben würde laut Rolf Eggel auch im Wallis Sinn machen.

«Nachdem auf Volksschulstufe drei Jahre ohne wesentliche Bewegung verstrichen sind, muss man jetzt auch nicht mehr mit einer überstürzten Änderung einen Teilbereich anpacken», sagt Eggel.

Ein Rahmengesetz für die Bildung schaffen

Weit besser wäre eine gründliche Auslegeordnung und Berücksichtigung aller mitbestimmenden Faktoren. Und das geht nur über ein neues Bildungsgesetz. «Das heutige Gesetz aus dem Jahre 1962 ist total veraltet», hält Eggel fest. Er unterstützt daher vorbehaltlos die von CVPO-Grossrat Jean-Marie Schmid hinterlegte Motion, die ein neues Bildungskonzept für die Volksschule Wallis fordert. Es würde die Basis liefern für ein neues Bildungsgesetz. Schmid fordert ein Rahmengesetz als transparente und einfache Grundlage für den ganzen Bereich der lebenslangen Bildung. Die Details müssten in Verordnungen geregelt werden. Einer erneuten Gesamtvorlage nach dem Muster von E2000 gibt er dagegen wenig Chancen. Die Motion Schmid steht ebenfalls im Februar auf dem Programm des Grossen Rates. **tr**

Brücken – darunter versteht man fast alles

Eröffnung der ETH-Ausstellung am Briger Kollegium

Brig-Glis. – Brücken verbinden fast alles – und sie tun vor allem eines: Sie bringen Menschen zueinander. Dies auf einen Nenner gebracht, was gestern sechs Redner an der Eröffnung der Wanderausstellung «ETH Zürich – wo Welten sich öffnen» im Kollegium Spiritus Sanctus in Brig-Glis sagten.

Nebst Vertretern der ETH Zürich wandten sich auch Staatsrat Claude Roch und mit Stefan Mischler der Direktor der Walliser Werke Lonza AG an die Besucherinnen und Besucher dieser Vernissage. Jungen Menschen Studium, Wissenschaft und Berufsbilder näher zu bringen – dies das Ziel, das mit dieser Ausstellung, mit dem heutigen «ActionDay» sowie einem Podiumsgespräch am Donnerstag angepeilt wird.

Die Rolle als Vermittler

Nicht nur Ingenieure und Architekten, sondern auch Mittelschulen bauen Brücken: Dies betonte Rektor Peter Arnold in seinem Kurzreferat. Dabei verstehe sich das Kollegium als Vermittler. Sowohl zwischen der Schule und der Bevölkerung, wie auch zwischen dem Ober- und Unterwallis. Heute hätten die jungen Leute gezeigt, wie sich zwischen Politik und Schule eine Brücke schlagen lasse, fuhr Peter Arnold fort. Und zeigte sich dabei zufrieden, dass die Kundgebung am Kollegium

(siehe Seite 28) respektvoll verlief.

«Frauen für die Technik»

Wer über eine Brücke gehe, ha-

be Ziele in Sicht: Dies betonte P. Bachmann, Prorektor für Diplomstudien an der ETH. Und wo die Brücke nicht genutzt werde, gelte es, zu den Leuten zu gehen. Wie dies die

ETH mit ihrer Wanderausstellung tue. «Technik für die Frau – Frau für die Technik» – dies die Losung, mit welcher H.-R. Schalcher, Vorsteher D-BAUG der ETH, zum Schluss seiner

Ausführungen herausgab. Womit er seine Ansicht unterstrich, dass es auch an der ETH mehr Studentinnen vertragen könnte. Der Frauenanteil soll dort übrigens rund 20 Prozent betragen.

Idee und Produkt

Nachdem mit L. Schlapbach der Direktor der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt Empa seine Institution näher vorgestellt hatte, referierte Lonza-Direktor Stefan Mischler über «Bildungswelt und Wirtschaft». Beide Bereiche würden zwar zwei getrennte Welten verkörpern, die aber teils ineinander übergreifen, betonte er. «Aus einer guten Idee auch ein gutes Produkt machen», dies auf den Punkt gebracht, was Stefan Mischler aus dem Zusammenwirken dieser beiden Bereiche erwartet.

Und die Politik?

Auch Politiker verstehen sich als Brückenbauer. Dies war dem Referat zu entnehmen, das der Walliser Staatsrat Claude Roch, Vorsteher des Departementes für Erziehung, Kultur und Sport, zum Besten gab. Dass es im Spannungsfeld zwischen Politik und Schule immer auch Probleme gebe, verschwieg er dabei nicht. Wenn auch zahlreiche erzieherische Aufgaben an die Schule delegiert worden seien, müsse darauf geachtet werden, dass das Unterrichten an einer Schule nicht zu kurz komme. Informieren, Transparenz schaffen sowie für die Interessen der Schule weiterarbeiten – dies die Aufgabe, die Claude Roch als jene eines Brückenbauers betrachtet. Nur schon zwischen Ober- und Unterwallis tragfähige Brücken zu erstellen, bleibt eine grosse Aufgabe. Nicht nur, aber sicher auch für Politiker. **blo**



Roger Mathieu, Adjunkt im Walliser Erziehungsdepartement, Lonza-Direktor Stefan Mischler, sowie Staatsrat Claude Roch, und Kollegiums-Rektor Peter Arnold. (von links): Alle bauen Brücken.

Foto wb